

Änderungsantrag

des Abgeordneten Stefan Seidler

zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 20/12660, 20/13107 –

Entwurf eines Gesetzes über Maßnahmen zur Förderung des deutschen Films (Filmförderungsgesetz – FFG)

Der Bundestag wolle beschließen:

1. § 26 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Der Beirat für Vielfalt und Chancengerechtigkeit hat mindestens sieben Mitglieder und muss insgesamt geschlechtergerecht besetzt sein und soll in seiner Zusammensetzung die Vielfalt der Gesellschaft entsprechend den Diskriminierungsmerkmalen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes vom 14. August 2006 (BGBl. I S. 1897), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 414) geändert worden ist, widerspiegeln. Zusätzlich zu den Diskriminierungsmerkmalen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes sollen auch die in Art. 3 Abs. 3 GG aufgeführten Merkmale Sprache, geografische Herkunft und Heimat bei der Zusammensetzung des Beirates berücksichtigt werden. Im Besonderen den vier anerkannten nationalen Minderheiten und Volksgruppen wird in diesem Rahmen ein unter ihnen rotierender Sitz zugesichert.“

2. Dem § 41 Absatz 1 wird folgende Nummer 8 angefügt:

„8. Ausnahmen von den Ziffern 2 und 6 sind Filme in den in Deutschland gesetzlich anerkannten Regional- und Minderheitensprachen. Im Fall der Dänischen Sprache sollen weiterhin nur solche Filmprojekte förderfähig sein, die einen nachvollziehbaren Bezug zur dänischen Minderheit in der Bundesrepublik Deutschland nachweisen können.“

3. § 45 wird wie folgt gefasst:

„§ 45

Nicht förderfähige Filme

Referenzfilme, neue Filme oder Filmvorhaben sind nicht förderfähig, wenn sie verfassungsfeindliche oder gesetzwidrige Inhalte enthalten, einen

pornographischen oder gewaltverherrlichenden Schwerpunkt haben, offenkundig religiöse Gefühle tiefgreifend und unangemessen verletzen oder Dimensionen des Beirats für Vielfalt und Chancengerechtigkeit nach § 26 berühren, ohne Betroffene angemessen einzubeziehen.“

Berlin, den 17.12.2024

Stefan Seidler

Begründung

Die vier in Deutschland anerkannten nationalen Minderheiten und Volksgruppen — das sorbische Volk in der Oberlausitz im Freistaat Sachsen und der Niederlausitz im Land Brandenburg, die dänische Minderheit im Land Schleswig-Holstein, die friesische Volksgruppe im Land Schleswig-Holstein und im Land Niedersachsen sowie die deutschen Sinti und Roma im gesamten Bundesgebiet — sind ein wichtiger Teil unserer diversen Gesellschaft.

Neben der traditionellen Ansiedlung auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, der deutschen Staatsangehörigkeit und einer Unterscheidung von der Mehrheitsbevölkerung durch eigene Sprache, Kultur und Geschichte, zeichnen sich die nationalen Minderheiten durch eine eigene Identität aus. Besonders aufgrund der traditionellen Ansiedlung auf dem Staatsgebiet der Bundesrepublik unterscheiden sich nationale, autochthone Minderheiten von Zuwanderergruppen, sogenannte allochthone oder neue Minderheiten. Diese Minderheiten sind in der Bundesrepublik Deutschland nicht als nationale Minderheiten anerkannt.

Insbesondere mit Blick auf die Bewahrung ihrer gewachsenen kulturellen und sprachlichen Eigenarten sind die nationalen Minderheiten schutzbedürftig. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich diese Schutzbedürftigkeit in Art. 6 Abs. 2 und Art. 9 Abs. 4 des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten sowie Art. 7 Abs. 2 und 3 und Art. 12 Abs. 1 Buchst. a), d) und f) der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen international explizit anerkannt und sich ihr verpflichtet. Dazu zählt nach Artikel 15 des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten die wirksame Förderung der Teilhabe am kulturellen Leben. Film und Fernsehen leisten einen sichtbaren Beitrag zu unserem kulturellen Leben und können zudem zentrale Instrumente sein, um gesellschaftlicher Ausgrenzung, Diskriminierung und Vorurteilen zu begegnen. Es ist zu erwarten, dass emanzipatorischer Filmprojekte über und in der Sprache der Minderheiten, die Sichtbarkeit und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben stärken.

Daher ist es unerlässlich, dass die Perspektiven der in der Bundesrepublik lebenden nationalen, autochthonen Minderheiten in einem angemessenen Maße durch die Ausgestaltung des Filmfördergesetzes (FFG) berücksichtigt werden.

Wie auch bei anderen Fällen ist bei den vier in Deutschland anerkannten nationalen Minderheiten und Volksgruppen grundsätzlich der diversitätssensible Grundsatz „Kein Film über uns ohne uns“ zu berücksichtigen. Das ist bisher in der Filmförderung nach dem FFG in der Bundesrepublik Deutschland nicht der Fall. Gerade problematische, stereotype Thematisierungen und marginalisierende (Nicht-) Darstellungen (besonders von Sinti und Roma) von angestammten Minderheiten und ihrer Sprachen in geförderten Filmen zeigt den politischen und gesellschaftlichen Handlungsbedarf. In der Regel ist das problematische Ergebnis auf eine Nichteinbeziehung der Betroffenen in kreative Produktions- oder Entscheidungsprozesse bzw. auf Unkenntnis der Problemlage zurückzuführen.

Deshalb ist es notwendig, dass die Perspektiven der nationalen Minderheiten in die Arbeit des Beirats für Vielfalt und Chancengerechtigkeit des Verwaltungsrates der Filmförderanstalt (FFA) über einen zusätzlichen rotierend besetzten Sitz einfließen. Eine Fokussierung auf die Diskriminierungsmerkmalen des Allgemeinen Gleichbe-

handlungsgesetzes (AGG) allein kann die Repräsentation nationaler Minderheiten in der Arbeit der FFA nicht hinreichend sicherstellen. Gesellschaftliche Vielfalt droht in der Arbeit des Beirates nicht abgebildet zu werden.

Die Repräsentation der nationalen Minderheiten im Beirat für Vielfalt und Chancengerechtigkeit ist auch deshalb wichtig, weil Diskriminierung im Filmschaffen nicht nur nach „ethnischer Herkunft“, sondern auch aufgrund von Sprache ohne ethnischen Bezug oder aufgrund regionaler Herkunft erfolgen kann. Insofern ist die ausschließliche Berücksichtigung der Diskriminierungsdimension „ethnische Herkunft“ nicht ausreichend. Der Begriff „ethnische Herkunft“ vermag zudem den unterschiedlichen Repräsentationsbedürfnissen von allochthon und autochthon Minderheiten nicht genügend Rechnung zu tragen.

Grundsätzlich förderfähig nach FFG müssen zudem auch Filme sein, die vollständig in einer der in der Bundesrepublik Deutschland anerkannten Regional- und Minderheitensprachen erstellt werden. Die verpflichtende Verwendung der deutschen Sprache als Bedingung für eine Filmförderung auf Basis des FFG, ist mit Blick auf die kulturellen und sprachlichen Besonderheiten der nationalen Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland nicht nachvollziehbar. Die Förderbedingungen sind dementsprechend zu erweitern, sodass sie auch die gesetzlich anerkannten Minderheiten- und Regionalsprachen umfassen. Gesetzlich anerkannt sind die Minderheitensprachen Dänisch, Nord- und Saterfriesisch, Ober- und Niedersorbisch, Romanes sowie die Regionalsprache Niederdeutsch (Platt). Im Fall der Dänischen Sprache sollen weiterhin nur solche Filmprojekte förderfähig sein, die einen nachvollziehbaren Bezug zur dänischen Minderheit in der Bundesrepublik Deutschland nachweisen können.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.